

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

78. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 26. November 2003

Tagesordnungspunkt I: (Fortsetzung)

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (**Haushaltsgesetz 2004**) (Drucksachen 15/1500, 15/1670)

6701 :

8. Einzelplan 04

Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (Drucksachen 15/1904, 15/1921)

6701 :

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat die Abgeordnete Petra Pau das Wort.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern erleben wir hier eine mächtige Debatte über den **EU-Stabilitätspakt**, die ihresgleichen sucht. Insbesondere die CDU/CSU übertrifft sich mit Kassandrarufern und beschwört geradezu das Ende des Abendlandes. Vielleicht glauben die Redner der CDU/CSU ja wirklich, was sie hier fundamentalistisch vor sich herbeten. Es klingt gefährlich, aber klug ist das alles nicht.

(Beifall bei der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Stabilitätspakt war schon umstritten, als Sie ihn zu Waigels Zeiten einführen halfen. Er ist seither nicht besser geworden. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, über neue Regeln nachzudenken,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Geld drucken!)

anstatt an alten Fehlern festzukleben.

Wesentlich ist in der heutigen Debatte aber etwas anderes: Rot-Grün und Schwarz-Gelb, die Regierung und die Opposition zur Rechten, führen die EU als Kronzeugen für ihre eigenen **Sozialabbaupläne** ins Feld und versuchen, ihre politische Verantwortung an die EU abzuschieben: SPD und Grüne entschuldigend, schließlich habe man ja schon gestrichen, was zu streichen sei, die CDU/CSU eher drängend, schließlich könne man noch viel mehr als bislang streichen. Diesen Hang zur verantwortungslosen Tat aber lässt Ihnen die PDS im Bundestag nicht durchgehen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie beklagen, die Verschuldung sei zu groß, weil die Ausgaben zu hoch seien. Wir fragen aber: Warum reden Sie nicht auch über die Einnahmen? Warum verzichten Sie auch in diesem Bundeshaushalt auf zig Milliarden? Warum machen Sie andererseits Milliardengeschenke an Unternehmen, die selbst keine Steuern zahlen, sondern diese abzocken? Das ist Ihre Politik und die können Sie keinem EU-Pakt anlasten, genauso wenig wie die

Folgen: Denn heraus kommt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden. Diesen Kurs lehnen wir ab; wir wollen dessen Umkehr.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Deshalb fordert die PDS eine Vermögensteuer. Deshalb wollen wir eine Wertschöpfungsabgabe. Deshalb fordern wir eine Ausbildungsumlage. Deshalb wollen wir parasitäres Kapital besteuern.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Was für Kapital?)

Wir fordern eine Rentenversicherung von allen für alle. Wir wollen Werte wie **Gerechtigkeit und Solidarität** erneuern. Das heißt, die PDS fordert wirkliche Reformen. Das ist der Unterschied. Deshalb haben wir eine „Agenda sozial“ als Alternative vorgeschlagen.

Nun diskutieren wir über den Haushalt 2004 sowie darüber, was ihn trägt. Es gibt eine simple Lebensweisheit, die besagt: Was auf drei stabilen Beinen steht, das steht gut. Sie kennen das von Tischen und Stühlen. Also haben wir uns gefragt, welches die drei Säulen sind, auf denen Rot-Grün und dieser Haushaltsplan fußen.

Die erste Säule heißt **Agenda 2010**. Sie zieht sich quer durch den Haushalt: Ob Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik oder neue Bundesländer, überall geht es um die Agenda 2010. Nur, sie hat einen Kardinalfehler: Sie stabilisiert nicht. Im Gegenteil, die Agenda 2010 gibt das Solidarprinzip preis, sie gefährdet den Sozialstaat und damit auch einen Gründungsgrundsatz der Bundesrepublik. Millionen spüren es jetzt schon, allemal Arbeitslose, Kranke und Alte. Die Folgen betreffen aber auch alle, die arbeitslos, krank und alt werden könnten. Deshalb lautet unser erster Befund: Die erste Säule trägt nicht, sie ist morsch.

Die zweite Säule heißt **Außenpolitik**. Seitdem Rot-Grün regiert, haben wir hier im Bundestag insgesamt 29-mal über Militäreinsätze der Bundeswehr geredet; 25-mal wurde sie ins Ausland in Marsch gesetzt. Dem stehen sieben grundsätzliche Debatten über weltweite Entwicklungspolitik oder zivile Konfliktlösungen gegenüber. Dieses Missverhältnis durchzieht auch den Haushaltsplan 2004. Deshalb sind Sie gestern zu Recht von den UN-Organisationen kritisiert worden. Auch die zweite Säule weist also eine gefährliche Schiefelage auf.

Nun zur dritten Säule, zu der **Akzeptanz**: Umfragen belegen, dass zwei Drittel aller Deutschen die Agenda 2010 und drei Viertel die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik ablehnen. Ich komme aus einem Land, in dem die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die damals vorherrschende Politik nicht mehr verstehen, tragen und stützen wollte. Diesen Staat gibt es heute nicht mehr. Damit möchte ich nur sagen: Auch die dritte Stütze trägt nicht. Rot-Grün fußt also auf drei maroden Säulen. Fatal ist allerdings, dass die Angebote der CDU/CSU noch fauler sind. Sie werden auch nicht besser, wenn Sie ständig mit einer Blockade im Bundesrat drohen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Einmal im Jahr widmet sich der Bundestag explizit der Lage in den neuen Bundesländern. Das ist doppelt bemerkenswert: zum einen weil die neuen Bundesländer – zu Recht – noch immer eine Sonderdebatte wert sind und zum anderen weil sie – zu Unrecht – ansonsten fast immer ausgeblendet werden. Leider trifft das auch auf die heutige Debatte und den Haushalt zu, über den heute beraten und abgestimmt wird. Er ist ungeeignet, um die Lage im Osten zu verbessern. Die Zahlen sprechen dagegen, ebenso wie die Politik, die dahinter steckt. Die **Hartz-Konzepte** greifen nicht. Im Gegenteil: Sie werden den Mittelstand schwächen sowie die Arbeitslosigkeit und die Armut im Osten vergrößern. Die Ost-West-Angleichung stagniert seit fünf Jahren. Das belegen alle Analysen. Zugleich werden aber die Fördermittel für die neuen Bundesländer gekappt und die Arbeitsämter kassiert. Die Kultur wird weiter verarmen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Kurzum: Die Hoffnung schwindet und die Jugend flieht aus dem Osten. Die neuen Bundesländer werden als Stiefkind des Schicksals behandelt. Das ist ein weiterer Grund, warum die PDS im Bundestag den Haushalt ablehnt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Jüngst gab es ein **Treffen der Arbeits- und der Sozialminister der Länder**. Dabei ging es auch um die Frage, wie die neuen Bundesländer vor extremen Negativwirkungen der Bundespolitik zu schützen seien. Heraus kam: Die unionsregierten Länder, auch Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, lehnten alles ab, was helfen könnte. So ist das, wenn Parteidisziplin mehr zählt als politische Vernunft und Weitsicht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Fazit zum Osten: Bundeskanzler Kohl wollte die neuen Bundesländer gewinnen. Er hat gelogen und das war schlimm. Aber Bundeskanzler Schröder gibt die neuen Bundesländer verloren. Er schreibt sie ab und das ist noch viel schlimmer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Den Vorwurf der Lüge nehmen Sie zurück!)

– Herr Kollege, ich nehme den Vorwurf der Lüge nicht zurück. Wer hat denn die blühenden Landschaften versprochen und wo finden Sie welche?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das ist charakterlos!)